

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung, Gewerbe und Liegenschaften am 22.11.2005

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, kleiner Beratungsraum EG

Anwesend:

Vorsitzender:

Herr Hans-Peter Dreibrodt

Ausschussmitglieder:

Herr Rainer Augustin
Herr Peter Vester ab 19:10 Uhr

Grundmandatsträger:

Herr Burkhard Bader

Sachkundige Einwohner:

Herr Wolfram Degenkolb
Herr Horst Pfefferkorn

Verwaltung:

Frau Katrin Czekalla
Frau Esther Riemann
Herr Wolfgang Schmieder

es fehlten:

Ausschussmitglieder:

Frau Christa Müller
Herr Lutz Weiland

Sachkundige Einwohner:

Herr Klaus Grünheidt
Herr Bernd Schreyer

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Einhaltung der Ladungsfrist
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Haushalt 2006
6. Beteiligungsbericht 2005 Stadt Roßlau (Elbe)
Vorlage: Info/0457/05-I/80
7. Jahresabschlussprüfung WIR 2005
Vorlage: BV/0453/05-I/80
8. Mitteilungen und Anfragen
9. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil

Niederschrift

1. Begrüßung

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:30 Uhr.

2. Einhaltung der Ladungsfrist

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung fest.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Zu Beginn der Sitzung sind 2 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Damit ist der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Gewerbe und Liegenschaften nicht beschlussfähig.

4. Genehmigung der Tagesordnung

Protokoll:

Da der Ausschuss nicht beschlussfähig ist, wird vorgeschlagen, die Tagesordnung insoweit zu ändern, dass zuerst die Tagesordnungspunkte behandelt werden, die keine Beschlussfassung erfordern. Die anwesenden Ausschussmitglieder stimmen dieser Verfahrensweise zu.

5. Haushalt 2006

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Schmieder zu Berichterstattung über die Ergebnisse aus der Interfraktionellen Runde.

Herr Schmieder informiert darüber, dass der zur interfraktionellen Runde vorgelegte Haushaltsentwurf nicht geändert werden musste.

Vermögenshaushalt:

- ist ausgeglichen
- keine neuen Kreditaufnahmen

Mit dem Beschluss des Konsolidierungsprogramms ist nachgewiesen, dass der Haushalt mit den genannten Maßnahmen nach 5 Jahren ausgeglichen ist.

Verwaltungshaushalt

- Defizit 400 T€
- Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen

Damit ist der Haushalt genehmigungsfähig und es war keine Diskussionen zur Streichung von freiwilligen Aufgaben (vorrangig im Bereich Kultur) erforderlich

Personalkostenentwicklung

- durch die Abordnung einiger Kolleginnen nach Dessau nehmen die Personalkosten ab – Kosten bleiben bei der Stadt Roßlau, werden aber durch die Stadt Dessau ersetzt
- damit Abnahme der Personalkosten

Kosten für Wahlen

- im Haushalt erhöhte Kosten veranschlagt
- da Stadt bei Landtags- und Bundestagswahlen nur Erfüllungsgehilfe ist, Kosten nur Durchlaufposten
- die Erstattung muss aber beim Landes-/Bundeswahlleiter beantragt werden, dann Kostenübernahme
- solange die Genehmigung nicht vorliegt, können die Erstattungen haushalts-technisch nicht geplant werden
- nach Vorlage der Genehmigung Änderung im Nachtragshaushalt

Post- und Fernmeldegebühren

- sind auf entsprechender Haushaltsstelle gestiegen, im Gesamthaushalt stellt sich die Situation aber ausgeglichen dar
- bisher wurde die Post für Roßlau durch Boten der Stadt (Angestellte) ausge-tragen, ab 2006 wird Post in Roßlau durch die „Neue Post“
- Mehrkosten für „Neue Post“ werden dadurch aufgefangen, da eine Botin in Rente geht und damit Personalkosten eingespart werden

Diskussion

Herr Dreibrod: Wie wirkt sich das Urteil zu den Straßenreinigungsgebühren auf den städtischen Haushalt aus?

Herr Schmieder erläutert dazu, dass das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Dessau einen Mangel in der Straßenreinigungssatzung festgestellt hat: Lt. Straßengesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist es ausgeschlossen, dass die Leistungen des Winterdienstes auf der Fahrbahn umgelegt werden können. Damit ist die als Grundlage dienende Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes auch fehlerhaft – also auch andere Kommunen betroffen.

Die Satzung wird Anfang 2006 geändert, so dass für das kommende Jahr die Bescheide rechtskräftig versandt werden können.

Die Bescheide aus Vorjahren sind, bis auf den einen Widerspruch, alle rechtskräftig geworden, so dass keine Rückzahlungen erfolgen werden. Inwieweit sich die neue Satzung auf die Einnahmen auswirken, wird sich nach der neuen Kalkulation herausstellen und dann im Nachtragshaushalt erkennbar sein.

6. Beteiligungsbericht 2005 Stadt Roßlau (Elbe)

Vorlage: Info/0457/05-I/80

Protokoll:

Frau Riemann erläutert den Beteiligungsbericht 2005.
Basis sind die Jahresabschlüsse 2004 der städtischen Beteiligungsunternehmen.
Der Beteiligungsbericht wurde in Form und Inhalt erweitert und bereits an den Beteiligungsbericht der Stadt Dessau angepasst.

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Gewerbe und Liegenschaften nimmt den Beteiligungsbericht 2005 der Stadt Roßlau zur Kenntnis.

7. Jahresabschlussprüfung WIR 2005 **Vorlage: BV/0453/05-I/80**

Protokoll:

Der Aufsichtsrat der Wohnbau- und Immobiliengesellschaft Roßlau mbH hat dem Gesellschafter empfohlen, die WRM Wohnrevision Magdeburg mbH zum Abschlussprüfer des Jahresabschlusses 2005 zu bestellen. Die Konditionen zu den Vorjahren sind gleich bleibend.

Diskussion:

Die Ausschussmitglieder fordern eine Nachverhandlung der Kosten des Jahresabschlusses. Begründung: Da die WRM bereits durch die JA-Prüfung der Vorjahre über einen großen Teil der Grunddaten verfügt, dürfte der Aufwand geringer werden und ein Entgegenkommen im Preis verhandelbar sein.

Herr Schmieder wird den Auftrag zur Verhandlung der Wirtschaftsprüferkosten entsprechend an den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat der WIR weiterleiten.

Im Hinblick auf die vorgesehene Fusion DWG und WIR informiert Herr Schmieder darüber, dass die WRM ein Tochterunternehmen des Wirtschaftsprüfers der DWG ist und schon aus diesem Grund wäre es sinnvoll, die WRM als Wirtschaftsprüfer der WIR zu belassen.

8. Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

1. Eröffnung „Endzeit“ in der Luchstraße

Herr Augustin informiert über eine Beschwerde hinsichtlich des neueröffneten Ladens in der Luchstraße. Geschäft macht den Eindruck, als ob mit genehmigungspflichtigen Waren gehandelt wird.

Vom Ordnungsamt und Polizei wurde Sortiment geprüft – keine verfassungswidrige Ware angeboten.

Es gab auch Befürchtungen, dass es anlässlich der Eröffnungsfeier am 19.11. zu Ausschreitungen kommen könnte, so dass Polizei auch präsent war – keine Vorkommnisse.

Herr Schmieder informiert dazu, dass bei der Erteilung der Gewerbe genehmigung durch das Gewerbeamt nicht erkennbar war, dass es sich um etwas „illegales“ han-

deln könnte. Bei Bekanntwerden des v. g. Sachverhaltes wurde entsprechend der gesetzlichen Vorschriften unter Einbeziehung der entsprechenden Behörden geprüft.

Die Wohnbau- und Immobiliengesellschaft Roßlau mbH ist Vermieter des Ladengeschäftes. Einerseits ist sie auf die Mieteinnahmen angewiesen, andererseits wird eine Positionierung der Stadt zu derartigen Vermietungen empfohlen. Dazu könnte z. B. der Sozialausschuss Regeln aufstellen, auf die bei derartigen Vermietungen zu achten ist.

2. Oskar für den Mittelstand

Frau Czekalla informiert über den Aufruf der Oskar-Patzelt-Stiftung zur Nominierung von mittelständischen Unternehmen. Die Unternehmen sollen in fünf Kriterien Hervorragendes leisten:

1. Gesamtentwicklung des Unternehmens
2. Schaffung / Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen
3. Innovation und Modernisierung
4. Service und Kundennähe / Marketing
5. Engagement in der Region

Die Nominierungen sollen bis zum 31.01.2006 erfolgen. Die Ausschussmitglieder werden gebeten, in den Fraktionen mögliche Nominierungen zu beraten und in der 1. Ausschusssitzung 2006 am 24.01. Firmen zu benennen.

3. Ansiedlung EDEKA an der Magdeburger Straße

Frau Czekalla informiert, dass die Kostenübernahmeerklärung zur Erstellung des Einzelhandelsgutachtens seitens des Investors, Fa. BAGGE, vorliegt und das Gutachten am 11.11.2005 bei der GMA in Auftrag gegeben wurde. Die Erstellung wird ca. 4 – 6 Wochen in Anspruch nehmen und soll möglichst bis zum 20.12.05 vorliegen.

Damit keine Sondersitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Gewerbe und Liegenschaften einberufen werden muss, schlägt Herr Schmieder vor, das Gutachten in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 21.12.2005 allen interessierten Stadträten vorzustellen. Bei Bedarf erfolgt die Präsentation durch die GMA.

Herr Vester erscheint um 19.10 Uhr zur Beratung.

Der Ausschuss ist nunmehr mit 3 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

4. Abrechnung Verwaltungstätigkeit Sanierungsgebiet 2004 – BV /0456/05-III/90

Gemäß Verwaltervertrag für das stadt eigene Wohnungsvermögen im Sanierungsgebiet ist durch den Verwalter WIR eine Jahresrechnung zu erstellen. Diese Abrechnung ist durch den Eigentümer im auf den Abrechnungszeitraum folgenden Jahr zu bestätigen. Die Unterlagen lagen im Fachamt erst nach der Erstellung der Tagesordnung für die heutige Sitzung vor. Damit der Beschluss noch in diesem Jahr gefasst werden kann, wird die Beschlussvorlage im HAF am 30.11. und Stadtrat am 03.12.05 zur Beschlussfassung eingereicht.

Anfangsbestand 2004:

36.481,10 EUR

Einnahmen

- aus der Hausbewirtschaftung,
Bruttomieten, Auszahlung Betriebskosten-
abrechnung 2003 56.709,08 EUR

Ausgaben 46.996,05 EUR, davon

- Betriebskosten 22.336,37 EUR
- Instandhaltungskosten 6.673,82 EUR
- Andere Aufwendungen für Hausbewirt-
schaftung (Miet- und Räumungsklagen) 1.761,52 EUR
- Aufwendungen für andere Leistungen
(Verwaltervergütung) 16.038,36 EUR
- Sonstige betriebl. Aufwendungen
(Kontoführungsgebühr) 185,98 EUR

Kontostand per 31.12.2004 46.194,13 EUR

Der Ausschuss nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

9. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil

Protokoll:

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Gewerbe und Liegenschaften stimmt der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 9. Sitzung 2005 am 11.10.2005 zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
3	0	3	0	0

Roßlau, 19.02.08

Hans-Peter Dreibrodt
Vorsitz Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Gewerbe und Liegenschaften

2. Unterschrift